

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Matthias Strolz, Kollegin und Kollegen betreffend aufsuchende Angebote für Eltern

In einer sich ständig verändernden Gesellschaft sehen sich auch Jugendliche mit immer neuen Herausforderungen und Problemen konfrontiert. Damit einhergehend muss sich – in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen der öffentlichen Hand – auch die Schule, der lange Zeit nur eine wissensvermittelnde Rolle im Gesellschaftssystem zugeordnet war, mit diesen neuen Herausforderungen auseinandersetzen. Dies beinhaltet u. a. auch das Angebot von Hilfestellungen bei persönlichen Problemen von Schüler_innen.

Angesichts der aktuellen Diskussion bezüglich mitunter fehlender Integrationsbereitschaft von Schüler_innen und Eltern wird immer wieder der Ruf nach Sanktionen bzw. Strafen laut. In einer liberalen Demokratie sollten wir bessere Möglichkeiten finden, um ein gedeihliches Miteinander zu stärken.

Zudem wird in diesem Zusammenhang häufig suggeriert, dass sich hauptsächlich Eltern mit ausländischen Wurzeln hartnäckig weigern, mit der Schule zu kooperieren oder sich prinzipiell nicht für die Bildung ihrer Kinder interessieren. Aktuelle Studien (z.B. Schulevaluationsprojekt *NOESIS*) zeigen aber, dass dieses Bild nicht der Realität entspricht. Es gibt keine signifikante Gruppe von Eltern mit Migrationshintergrund, die sich nicht an schulischen Angelegenheiten beteiligt. Die Faktenlage zeigt jedoch ein Problem mit sogenannten „sozial schwachen Schichten“. Offensichtlich ist, dass manche Eltern zeitweilig mit ihrem Eltern-Sein überfordert sind und – mitunter auch punktuelle – professionelle Unterstützung hier hilfreich und im Sinne der Gesellschaft sinnvoll wäre.

Um diesen Herausforderungen gerecht zu werden, stehen den Lehrkräften in Österreich unterschiedliche Unterstützungssysteme zur Verfügung. Neben den bereits etablierten, aber weiter ausbaufähigen Angeboten des schulärztlichen Dienstes, der Schulpsychologie oder von spezialisierten Lehrkräften (z. B. Beratungslehrer_innen) wurde in den letzten Jahren auch Schulsozialarbeit implementiert. Hier hinkt Österreich den internationalen Standards jedoch hinterher. Um Eltern stärker in den Fokus nehmen zu können, sollen zusätzlich verstärkt Sozialarbeiter_innen und spezialisierte Beratungslehrer_innen zum Einsatz kommen. Diese Angebote müssen auch die **Möglichkeit der aufsuchenden Elternarbeit** beinhalten. Dort wo die Eltern nicht bereit sind, mit der Schule zu kooperieren, braucht es Fachpersonal, das zu den Eltern nach Hause geht.

Klar ist zudem auch, dass mehr zielorientierte Zusammenarbeit zwischen jenen Ministerien, Landes- und Bezirksabteilungen notwendig ist, die die Bereiche Integration, Bildung, Soziales, Familien und Jugend verantworten. Es braucht verstärkt Kooperationsmöglichkeiten zwischen den zuständigen Behörden und Institutionen auf Bundes-, Landes- und Regionalebene, um eine flächendeckende und gelingende Schulsozialarbeit zu ermöglichen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

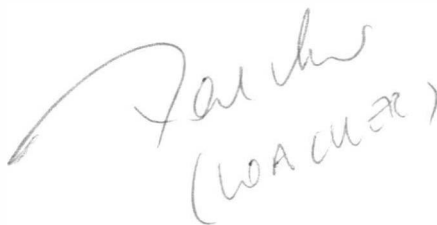
ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

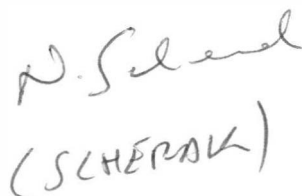
"Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Bildung und Frauen, der Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, der Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres sowie die Bundesministerin für Familie und Jugend werden aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass an Österreichs Schulen unter Berücksichtigung regionaler Erfordernisse ausreichend organisatorische, finanzielle und personelle Ressourcen vorhanden sind, um professionelle Schulsozial- und Elternarbeit zu ermöglichen. Dazu gehört selbstverständlich auch, dass Elternaufsuchende Angebote prinzipiell möglich sein müssen."

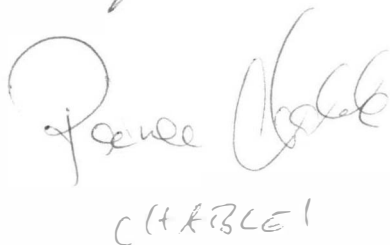
In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Unterrichtsausschuss vorgeschlagen.


(STOLZ)


(WACHNER)


(M)


(SCHERAK)


(HABER)